

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 21.01.2013

im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz des Hauptausschusses:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsfrau Eveline Haue

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin

Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Jens Voß

Vertreter für Ratsfrau Ramona Ullrich

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsherr Rüdiger König

Ratsfrau Susanne Mewes

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

Ratsherr Oliver Petrosch

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Otto Bodenheimer

Ratsfrau Kirsten Petereit

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

von der Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Techn. Beigeordnete Marion Ziemann
Herr Martin Bärwolf
Herr Hermann Scharwächter
Herr Michael Walker
Herr Sven Haarhaus
Herr Edgar Weinert
Herr Lothar Matzner
Frau Monika Menzel
Herr Rüdiger Rohmann

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Ramona Ullrich

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Stellenplan

Bürgermeister Dzewas weist auf die vorliegende Stellungnahme des Personalrates hin, die allen Ratsmitgliedern am 10.01.2013 zugesandt worden sei.

Auf seinen Hinweis, dass die Technische Beigeordneten Ziemann für Auskünfte zur Verfügung stehe, erfolgen keine Nachfragen. Anschließend verlässt die Technische Beigeordnete Ziemann zur Beratung und Abstimmung den Sitzungsraum.

2.1. Antrag der FDP-Fraktion

Ratsherr Holzrichter erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Anschließend fasst der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

Folgende Änderungen sollen im Stellenplan der Zentralen Gebäudewirtschaft vorgenommen werden:

1. Aufhebung der nach Entgeltgruppe 8 TVöD ausgewiesenen Planstelle einer Fachkraft für Gebäudesicherheit
2. Neuschaffung einer halben Planstelle „Sachbearbeitung Wohnungsverwaltung“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 1

2.2. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: 204/2012

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen aus dem Antrag der FDP-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 2.1 empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

3. Haushalt

3.1. Antrag der FDP-Fraktion

Ratsherr Holzrichter bezieht sich auf die schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.01.2013 und der in der heutigen Sitzung vorliegenden schriftlichen Beantwortung (Anlage zur Niederschrift) und stellt folgenden Antrag:

Aufgrund der in der Beantwortung genannten Steigerung der Erträge aus Verwarnungsgeldern bei der Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs in Höhe von rd. 126.000,00 € sollen die Haushaltsansätze bei den Produkten 020 010 030/Verwarnungs-, Buß- und Zwangsgelder und 120 010 040/Unterhaltung Straßen STL um jeweils 100.000,00 € ab 2013 erhöht werden.

Bürgermeister Dzewas spricht sich gegen diesen Antrag aus. Aufgrund der schlechten Haushaltslage würde er sich ungern festlegen, eventuelle zusätzliche Einnahmen nur für die Straßenunterhaltung zu verwenden.

Ratsherr Diller, Ratsherr Fröhling und Ratsherr Bodenheimer stimmen dem Antrag inhaltlich grundsätzlich zu. Es müsse aber zunächst abgewartet werden, ob zusätzliche Einnahmen in dieser Größenordnung erzielt werden könnten.

Ratsherr Holzrichter schlägt darauf hin vor, die Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Unterhaltung der Straßen von 100.000,00 € zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Freigabe könne nur durch Beschluss des Hauptausschusses erfolgen.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag abstimmen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen bei einer Stimmenthaltung von Bürgermeister Dzewas dem Antrag der FDP-Fraktion zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
Enthaltungen: 1

3.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept) Vorlage: 241/2012

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen aus dem Antrag der FDP-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 3.1 sowie der vorgenommenen Ergänzungen der Änderungsliste zum Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2013 und der überarbeiteten Ziele und Kennzahlen für die Produkte des Kulturhauses (Stand 21.01.2013) empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 sowie das Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 in der für 2013 fortgeschriebenen Fassung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

4. Verzicht auf die Einführung einer Betten- bzw. Übernachtungssteuer Vorlage: 245/2012

Ratsherr Holzrichter stellt für die FDP-Fraktion den Antrag, das Wort „mittelfristig“ im Beschlussvorschlag zu streichen.

Bürgermeister Dzewas spricht sich gegen eine Streichung aus, da die Option aus seiner Sicht mittel- und langfristig erhalten bleiben sollte.

Ratsherr Dudas führt aus, dass es den Begriff „Bettensteuer“ nicht gebe. Er stelle daher den Antrag, den Begriff „Bettensteuer“ komplett aus der Beschlussvorlage zu streichen.

Bürgermeister Dzewas lässt über die Anträge abstimmen.

Antrag FDP-Fraktion:

Die Mitglieder des Hauptausschusses lehnen den Antrag mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 12

Antrag Ratsherr Dudas:

Die Mitglieder des Hauptausschusses lehnen den Antrag mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 15

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf die Einführung einer Betten- bzw. Übernachtungssteuer wird mittelfristig verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

**5. Eintragung der Mietwohnhäuser Kölner Straße 73 - 87 in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid gemäß § 3 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen
Vorlage: 221/2012**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Mietwohnhäuser Kölner Straße 73 – 87 werden gem. § 3 DSchG NW in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid eingetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

**6. Eintragung der Gebäude Lohmühlenstraße 8 - 10 in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid gemäß § 3 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen
Vorlage: 222/2012**

Ratsherr Fröhling erkundigt sich, ob die Verwaltung inzwischen eine Aussage zu seiner im Fachausschuss gestellten Nachfrage treffen könnte. Er habe sich erkundigt, ob die an den Gebäuden angebrachten Satellitenanlagen demontiert werden müssten, wenn die Gebäude unter Denkmalschutz gestellt würden.

Erster Beigeordneter Theissen sagt zu, die Beantwortung nachzureichen.

Anschließend fasst der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Mietwohnhäuser Lohmühlenstraße 8 -10 werden gem. § 3 DSchG NW in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid eingetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

**7. Eintragung des Gebäudes Kirchplatz 3 in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid gemäß § 3 Denkmalschutzgesetz NW
Vorlage: 223/2012**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Wohnhaus Kirchplatz 3 wird gem. § 3 DSchG NW in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid eingetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Landespersonalvertretungsgesetz

Bürgermeister Dzewas gibt folgendes bekannt:

Aufgrund des in 2011 in Kraft getretenen neuen Landespersonalvertretungsgesetzes NRW habe der Personalrat das Recht, an nicht öffentlichen Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse teilzunehmen, sofern dort personelle oder soziale Angelegenheiten beraten bzw. beschlossen würden.

Im § 66, Abs. 3 des Landespersonalvertretungsgesetzes NRW stehe hierzu:

„Soweit anstelle der Dienststelle das verfassungsmäßig zuständige oberste Organ oder ein von diesem bestimmter Ausschuss über eine beabsichtigte Maßnahme zu entscheiden hat, ist der Personalrat so rechtzeitig zu unterrichten, dass seine Stellungnahme bei der Entscheidung von dem zuständigen Organ oder Ausschuss berücksichtigt werden kann. Die vorsitzende Person der zuständigen Personalvertretung und ein Mitglied der betreffenden Gruppe sind berechtigt, an den Sitzungen des verfassungsmäßig zuständigen obersten Organs oder des von ihm bestimmten Ausschusses mit Ausnahme der Beschlussfassung teilzunehmen und die Auffassung der Personalvertretung darzulegen, sofern personelle oder soziale Angelegenheiten der Angehörigen der Dienststelle behandelt werden. Termin und Tagesordnung sind der Personalvertretung rechtzeitig bekannt zu geben.“

8.1.2. Belegung der Sporthalle Bergstadt-Gymnasium

Herr Fachbereichsleiter Scharwächter gibt bekannt, dass der Sauerland Steel Bulls e.V. Hallenzeiten in der Sporthalle Bergstadt-Gymnasium für die 2. Bundesliga Nord beantragt habe.

Die Mitglieder des Sportausschusses hätten vor Beginn der letzten Sportausschuss-Sitzung die Sporthalle besichtigt, um sich ein Bild von dem Zustand des Hallenbodens zu machen. Besonders gravierende Schäden habe es in den Torbereichen gegeben.

Der Hallenboden sei vor ca. 1 ½ Jahren für ca. 135.000 € saniert worden. Darüber hinaus habe die Schule mitgeteilt, dass der Schulsport aufgrund der Schäden in Mitleidenschaft gezogen würde.

Der Antrag der Sauerland Steel Bulls e.V. sei daher von der Verwaltung abgelehnt worden.

Die Mitglieder des Sportausschusses hätten diese Auffassung bestätigt.

Die Highlander Lüdenscheid könnten diese Saison noch vertragsgemäß in der Halle spielen. Anschließend solle aber auch der Verein keine Spiele mehr in der Sporthalle austragen.

8.2. Beantwortung von Anfragen

8.2.1. Geplante Erhöhung der Verwarnungsgelder im ruhenden Straßenverkehr durch das Bundesverkehrsministerium

Die schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion sowie deren Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. auch Tagesordnungspunkt 3.1 der öffentlichen Sitzung).

8.3. Anfragen

8.3.1. Zuschuss Sauerland Steel Bulls e.V.

Ratsherr König bezieht sich auf die Bekanntgabe von Herrn Fachbereichsleiter Scharwächter bezüglich der Belegung der Sporthalle Bergstadt-Gymnasium und führt unter anderem aus, dass die Sauerland Steel Bulls e.V. jetzt als Lüdenscheider Verein in Menden spielen müssten. Dem Verein würden hierdurch Mietkosten in Höhe von 4.800,00 € pro Saison entstehen. Er frage daher an, ob die Kosten für den Verein durch einen Zuschuss der Tochtergesellschaften Sparkasse oder Stadtwerke reduziert werden könnten.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

8.3.2. Renovierung "Altes Amtshaus"

Ratsherr Adam bezieht sich auf einen Presseartikel, aus dem hervorginge, dass das Alte Amtshaus von außen teilweise renoviert werden solle. Hierfür seien 40.000 € im Haushalt eingestellt. Er habe hierzu folgende Fragen:

1. Welche Kosten entstehen jährlich für die Pflege bzw. für das Schneiden des Efeus?
2. Wann hat das Alte Amtshaus zuletzt einen neuen Anstrich erhalten und wäre es nicht sinnvoll gewesen, die beiden Maßnahmen zu verbinden?
3. Ist die Entfernung des Efeus wirklich notwendig?

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer fragt ergänzend an, ob die Stadt Lüdenscheid einen Baumbiologen hinzuziehen könnte.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

gez. Dieter Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin